

Die Schul- und Kitaöffnungen kommen zu früh.

Die sonst vollen Räume sowie Flure von Kindertagesstätten und Schulen waren in den letzten Wochen wie leer gefegt. Fast alle Kinder und Jugendlichen mussten aufgrund des neuartigen Coronavirus zu Hause bleiben. Lediglich eine Notbetreuung für Kinder, deren Eltern in einem sogenannten systemrelevanten Beruf arbeiten, wurde eingerichtet. Zu groß war die berechtigte Sorge um eine exponentielle Ausbreitung von Covid19.

Mittlerweile hat sich die Lage verändert. Die Notbetreuungen wurde massiv ausgeweitet, parallel werden die Schulen schrittweise wieder geöffnet. Ein Hygienekonzept soll für den Schutz von Kindern und MitarbeiterInnen sorgen.

Der gesellschaftliche Druck für eine Öffnung der pädagogischen Institutionen war und ist nach wie vor groß. Die Forderungen nach einem „Zurück zum Normalzustand“ nehmen – trotz stetiger Lockerungen – nicht ab. Doch was bedeutet ein Zurück überhaupt? Wenn uns die Pandemie eines gezeigt hat, dann dass unser auf ständige Steigerung angewiesenes, instabiles Wirtschaftssystem einer solche Krise nicht gewachsen ist. Die besonderen Belastungen von Eltern, insbesondere von Alleinerziehenden, aber auch anderen gesellschaftlichen Gruppen, werden gerade für alle sichtbar. Ein einfaches „Zurück zum Normalzustand!“ würde bedeuten, dass all die Probleme, die nun in der Corona-Krise öffentlich diskutiert werden, wieder aus dem Fokus geraten.

Unter dem Schlagwort „Coronaeltern“ mobilisieren Väter und Mütter für eine schnelle Öffnung der Kitas und „rechnen mit dem System ab“. Dabei werden diverse Argumente vorgebracht. Die einen sind absolut ernst zu nehmen, z.B. Probleme mit Gewalt in Familien, Überlastung der Eltern und mangelnde Bildungsgerechtigkeit. Andere wiederum reichen von der Verharmlosung des Virus bis hin zu zynischen Argumentationsmustern, die den unsäglichen Äußerungen eines Boris Palmer in nichts nachstehen. Auch Personen und Gruppierungen mit einem eher neoliberalen Weltbild haben derzeit den Schutz von Kindern zu ihrer Priorität erklärt. Dieser Schutz – das steht außer Frage – ist von enormer Bedeutung, muss aber gerade von uns als Linke, immer auch als Schutz vor Covid19 gedacht werden. Häufig stehen gerade bei den neoliberalen AkteurInnen primär wirtschaftliche Überlegungen im Fokus. Oft geht es darum, Kitas und Schulen hochzufahren, damit die Arbeitskraft der Eltern wieder in vollem Umfang abrufbar wird. Hier müssen wir genau hinschauen, denn es darf nicht sein, dass wirtschaftliche Interessen einzelner Akteure höher gewertet werden, als der Schutz der ArbeiterInnen und deren Kinder vor einer potentiell tödlichen Krankheit. Hier drohen die berechtigten Sorgen der Eltern von marktradikalen Kräften instrumentalisiert zu werden.

Die betroffenen ErzieherInnen und LehrerInnen hingegen waren bislang kaum Teil der Debatte, obwohl sie es sind, die sich den Gefahren an vorderster Front aussetzen sollen. Die Angestellten drohen in der Debatte zur reinen Verhandlungsmasse zu verkommen, über welche scheinbar frei verfügt werden kann. Deren berechtigtes Interesse an körperlicher Unversehrtheit wird zum Teil mit einer schockierenden Leichtfüßigkeit übergangen.

Wie sieht die Situation in den Schulen und Kitas selbst aus? Ist die Lage in den Einrichtungen dank umfangreicher Hygienekonzepte zumindest annähernd sicher?

Dem muss leider klar widersprochen werden. Die neuesten Studien sprechen davon, dass gerade der Aufenthalt von Menschenansammlungen in geschlossenen Räumen maßgeblich zur Verbreitung des Virus beiträgt. Nach derzeitigem wissenschaftlichem Stand ist die Übertragung über Aerosole, also Tröpfchen, die durch Sprechen, Atmen oder Husten in die Luft gelangen, der häufigste Verbreitungsweg

des Virus. Auch, wenn Kinder und Jugendliche auf deutlich mehr Gruppen bzw. Klassen aufgeteilt worden sind, besteht der Alltag immer auch darin, in einem geschlossenen Zimmer die Zeit zu verbringen. Die Abstandsregeln oder wichtige Schutzmaßnahmen wie das Tragen einer Mund-Nasenbedeckung sind für insbesondere kleine Kinder real kaum umsetzbar. Jeder mit Kontakt zu Kindern in diesem Alter, wird dies bestätigen können. Das alles macht deutlich, dass sich sowohl Schulen als auch Kitas, gerade in Zeiten einer Pandemie, zu Virenverteilzentralen entwickeln können. Während einer normalen Grippe- und Erkältungswelle kann es durchaus vorkommen, dass sich bis zu über einem Drittel der Kinder und BetreuerInnen anstecken und krank zu Hause bleiben. Bei einer gewöhnlichen Erkältung mag das unangenehm sein, bei einem Virus, das potentiell tödlich ist und bei PatientInnen mit schweren Verläufen oft bleibende Schäden zurück lässt, ist das eine Katastrophe.

Auch ExpertInnen wie der Epidemiologe und Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach (SPD) warnen mit deutlichen Worten und kritisieren die derzeitigen Lockerungen in den Schulen und Kitas vehement. Sie benennen deutlich die damit einhergehenden Gefahren, sowohl für die Kinder, als auch für das Personal.

Was bedeutet das für uns als Linke, als demokratische SozialistInnen?

Den Covid19 verharmlosenden Positionen gilt es aufgrund der deutlichen Faktenlage zu widersprechen und all jenen, die in der Krise mit sozialdarwinistischen Argumentationsmustern hantieren, müssen wir stets unser humanistisches Verständnis von Menschenwürde entgegenhalten.

Wir dürfen nicht zulassen, dass gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Wir müssen gemeinsam für solidarische Lösungen kämpfen.

Das bedeutet, dass wir uns als Partei DIE LINKE sowohl den gesundheitlichen Schutz der Beschäftigten im sozialen Bereich, als auch die Unterstützung der - insbesondere finanziell schwachen - Eltern auf die Fahne schreiben müssen. Eine solche Lösung ist in letzter Konsequenz nicht denkbar, ohne die grundlegenden Mechanismen der kapitalistischen Produktionsweise zu hinterfragen. Ein auf stetiges Wachstum, Konkurrenz und Konsumismus ausgelegtes Wirtschaftssystem, welches immer mehr Menschen ins Abseits drängt oder gar zu Überflüssigen erklärt, wird auch in Zukunft nicht dazu in der Lage sein Krisen, dieser oder anderer Art, im Sinne der Menschen zu bewältigen. Wichtig sind allerdings auch Sofortmaßnahmen, um die Betroffenen jetzt in ihrer Lage zu unterstützen.

Sofortmaßnahmen könnten beispielsweise eine bessere Finanzierung von Beratungsstellen beinhalten oder ein Krisen-Elterngeld, um zumindest die größten Existenzängste zu bannen. Auch intelligente und umsetzbare, digitale Homeschooling-Konzepte, die Eltern entlasten und für Bildungsgerechtigkeit sorgen, sollten angestrebt werden. Ein umfangreicher Kündigungsschutz für Betroffene ist ebenfalls von großer Wichtigkeit. Die verfrühte Öffnung der Kitas und Schulen hingegen kann keine geeignete Lösung sein. Solange die derzeitige Lage nicht unter Kontrolle ist und Kitas oder Schulen sich zu neuen Corona-Hotspots entwickeln können, müssen wir den viel zu frühen Lockerungen in diesem Bereich eine klare Absage erteilen. Damit schützen wir nicht nur das Personal, sondern auch die Kinder, die wie Studien gezeigt haben durchaus Viren verbreiten und schwer erkranken können. Das dürfte letztendlich auch im Interesse aller Eltern sein.

Janis Morsbach, Erzieher und Mitglied der Partei DIE LINKE.